

## Der 2. März 1919 – ein Meilenstein der Demokratiegeschichte in Westfalen.<sup>1</sup> Beobachtungen zu den ersten Kommunalwahlen nach demokratischem Wahlrecht

Erklärungen für eine Forschungslücke

*von Wilfried Reininghaus*

Der 2. März 1919 war ein Meilenstein in der Demokratiegeschichte Westfalens. An diesem Tag endete die Frist, die die preußische Regierung den Städten und Gemeinden gesetzt hatte, um Kommunalwahlen durchzuführen. Sie soll-

ten nach den gleichen Prinzipien erfolgen wie die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung im Januar 1919. Für den Gesamtbereich der Wahlen im öffentlichen Sektor hatte ein Beschluss des Rats der Volksbeauftragten am 12. No-

vember 1918 festgelegt, dass alle Frauen und Männer nach vollendetem 20. Lebensjahr gleiches, freies und geheimes Wahlrecht ausüben konnten. Damit war das Dreiklassenwahlrecht auf Landes- und Gemeindeebene abgeschafft.

Die Wahlen im Januar 1919 prägten freilich andere Rahmenbedingungen als die Kommunalwahlen. Das Reich – und in seinem Gefolge sein größter Teilstaat Preußen – hatte sein Gebiet in 37 Großwahlkreise (bzw. 24 in Preußen) aufgeteilt. In Westfalen bildeten die Regierungsbezirke Münster und Minden sowie die lippischen Staaten Wahlkreis 17, der Regierungsbezirk Arnberg Wahlkreis 18. In diesen Wahlkreisen stimmten bis zu 1,3 Millionen Menschen wie im Arnberger Wahlkreis über Wahllisten ab, die fünf oder sechs Parteien erreicht hatten. Den einzelnen Wählerinnen und Wählern waren die Kandidatinnen und Kandidaten im Normalfall nicht bekannt. Das änderte sich grundlegend bei der anberaumten Kommunalwahl. Jetzt ging es darum, wer künftig in der eigenen Gemeinde über Kunst und Kultur, Steuern, Schulen und Straßenbau zu entscheiden hatte. Nun waren die Kandidaten und Kandidatinnen in der Mehrzahl in ihren Gemeinden bekannt. Solche Perspektiven mobilisierten die Wählerinnen und Wähler in den meisten der damals noch bestehenden 1.600 Gemeinden der Provinz Westfalen oft mehr als bei der Wahl zur Nationalversammlung im Januar, auch wenn sich dies nicht immer in der Wahlbeteiligung niederschlug.

Wie kann angesichts solcher Bedeutung erklärt werden, dass die Kommunalwahlen des Jahres 1919 in der Literatur zur frühen Weimarer Republik bisher so wenig Resonanz fanden? Oder anders herum: Muss ich mich nicht selbstkritisch fragen, ob ich mit meiner Betonung dieser Wahl nicht etwas übertreibe? Es gibt hierzu nur einen einzigen Aufsatz, den ein Archivar in der DDR an entlegener Stelle publizierte. Er wertete damals, 1967, den Bestand „Preußisches Innenministerium“ in Merseburg aus.<sup>2</sup> Die Ortsgeschichte in Westfalen berücksichtigte zwar die Wahlen nach der Revolution, konzentrierte sich aber meistens auf die im Januar. Zu den Januarwahlen liegen die Ergebnisse mindestens auf Ebene der Großwahlkreise vor, wenngleich erfahrene Parteienforscher wie Lothar Albertin dringend geraten haben, die Ebene darunter mit zu berücksichtigen.<sup>3</sup> Auf der Reichsebene spielt das Wahlergebnis vom Januar 1919 schon deswegen in der Forschung eine große Rolle, weil es mit der Bildung der sog. „Weimarer Koalition“ aus SPD, DDP und Zentrumspartei den Start in die Republik ermöglichte. Dagegen standen die Kommunalwahlen im Abseits, auch weil es zeitgenössisch keinerlei Zusammenfassung gab, wie wir sie heute kennen. Wenn in einem Bundesland Kommunalwahl stattfinden, so aggregiert das zuständige Statistische Landesamt jeweils die Daten zu einem landesweiten Befund.<sup>4</sup> Daraus lassen sich bei allen lokalen Besonderheiten allgemeinere Trends und Entwicklungen ablesen. Für die Weimarer Zeit gab es Vergleichbares nicht. Angesichts der Vielzahl von Städten und Gemeinden, deren Ergebnisse in Westfalen und Lippe zusammengerechnet wer-

den müssten, ist die Scheu von Forschern verständlich, ein solches Vorhaben überhaupt anzufangen.

Genau an diesem Punkt setzte vor einem Jahr meine Neugierde ein. Zur Vorbereitung von Vorträgen über die Altkreise Coesfeld, Lüdinghausen und Soest wollte ich wenigstens die Ergebnisse der Gemeindewahlen einbeziehen.<sup>5</sup> Im Detail betrachtet, boten sie große Überraschungen. Sie wichen oft so markant von den aggregierten Kreisergebnissen der Januarwahlen ab, dass es lohnend erschien, den Ursachen nachzugehen. Im Altkreis Lüdinghausen, also in einer vermeintlichen Zentrumshochburg, gab es im Süden – also dort, wo der Bergbau umging – Orte, in denen die SPD Mehrheiten gewann. Umgekehrt: dort, wo das Zentrum im Januar 90 % der Stimmen gewonnen hatte, konnte heftiger Wahlkampf innerhalb der Gemeinden ausbrechen. Beispielsweise stritten sich in Senden Bauerschaften und Kirchdorf um die Zahl der ihnen zustehenden Mandate. Ein Aufbrechen der Zentrumsliste in rivalisierende Wahllisten war vielerorts Merkmal der Kommunalwahlen. Partikularinteressen kamen hinzu. In Osterwick (Kreis Coesfeld) zertrümmerten Kriegsbeschädigte die Wahlurnen, weil ihr Vertreter nicht über einen Listenplatz abgesichert war. Den Kreis Soest zerteilte eine strenge Konfessionsgrenze. In den katholischen Dörfern der Ämter Werl und Körbecke gewann das Zentrum überall um die 90 % der Stimmen, falls es nicht in unterschiedliche Listen zerfiel. In den evangelischen Dörfern der Börde stimmte teilweise überhaupt niemand für das Zentrum, vielmehr stritten sich die DDP, DVP und die SPD um die Stimmen.

Diese ersten Befunde konnten für mich nur eine Konsequenz haben. Über die Kommunalwahl 1919 in Westfalen ließ sich nicht, so wie es ursprünglich geplant war, in einem problemorientierten Essay in den „Westfälischen Forschungen“ schreiben. Auf eine kurze Formel gebracht: Alle Gemeinden unterschieden sich in ihrem Abstimmungsverhalten; sie liebten sich nicht über einen Kamm scheren. Deshalb musste für möglichst viele Städte und Gemeinden in Westfalen Ergebnisse ermittelt und ausgewertet werden. Ich bin dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, vor allem Thomas Küster, sehr dankbar, dass es meinen Vorschlag annahm, aus diesem Material ein Buch zu machen, das dann auch noch pünktlich zum 100. Jah-

1 Vortrag auf dem Westfälischen Archivtag in Herford am 12.03.2019. Der Titel greift ein Zitat der Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Bundestag am 9. November 2018 auf; „Es lebe die deutsche Republik“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.11.2018, S. 2.

2 Udo Dräger, Die Kommunalwahlen in Preußen im Jahre 1919, in: Wissenschaftliche Zeitschrift des Pädagogischen Instituts Magdeburg 4 (1967), S. 62–100.

3 Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.

4 Die Ergebnisse zur letzten Kommunalwahl 2014 sind abzurufen unter: [https://www.wahlergebnisse.nrw.de/kommunalwahlen/2014/index\\_obb\\_lr.html](https://www.wahlergebnisse.nrw.de/kommunalwahlen/2014/index_obb_lr.html) (Zugriff: 04.01.2019).

5 Wilfried Reininghaus, Wahlen in den Kreisen Coesfeld, Lüdinghausen und Münster-Land im Januar und März 1919, in: Geschichtsblätter des Kreises Coesfeld 43 (2018), S. 153–172; ders., Wahlen und Wahlkämpfe in der Stadt und im Landkreis Soest 1918/19, in: Soester Zeitschrift 130 (2018), S. 117–140.

restag der Kommunalwahl und zum Westfälischen Archivtag 2019 erschien.<sup>6</sup>

Die praktische Konsequenz für mich war im Sommer letzten Jahres, Westfalen kreuz und quer zu bereisen, in die Archive von Minden bis Olpe, von Borken bis Steinheim, von Lengerich bis Laasphe, um möglichst viel Material zu sammeln. Hinzu kamen Zeitungen, die noch im Besitz der Verlage oder ihrer Nachfahren liegen. Zeitungen waren überhaupt die wichtigsten Quellen, ohne die Akten der Kommunen zu unterschätzen. Eine Quellengattung findet man nur in Archiven. Ich habe die beigefügten Umschläge mit ungültigen Stimmen schätzen gelernt, weil sie mitunter aufschlussreiche Kommentare zu den vorgeschlagenen Listen abliefern. Die schönste Trouvaille stammt aus Meinerzhagen: Ein bibelfester Wähler hatte statt des Namens eines Kandidaten einen Zettel mit dem Verweis auf Jesaja 41, Vers 24, gesteckt. Der irritierte Wahlvorstand löste die Stelle auf. Sie lautet: „Ihr seid aus nichts und Euer Tun ist aus nichts. Und Euch zu wählen ist ein Greuel“.<sup>7</sup>

Das Buch enthält vollständige Analysen zu den größeren Städten und Gemeinden über 20.000 Einwohner, fast alle mittleren und kleineren Städte sind vertreten sowie über 500 Landgemeinden. Wenn möglich, wurde das Ergebnis der Gemeinde mit den Januarwahlen verglichen sowie die angetretenen Kandidatinnen und Kandidaten untersucht. Natürlich interessierte mich, ob und wenn ja Frauen auf den Listen der Parteien oder anderer Gruppierungen standen. Eine für mich persönlich überraschende Entdeckung durfte ich dabei machen: Meine eigene Patentante Agnes Tütel kandidierte, allerdings erfolglos, für die DDP in Schwerte.

Die Fülle des Materials kann ich hier nicht ausbreiten. Ich konzentriere mich im ersten Teil aus Reverenz für unseren Tagungsort auf Stadt und Landkreis Herford. Anschließend werde ich im zweiten Teil allgemeine Tendenzen der Kommunalwahl 1919 zusammenfassen.

### Kommunalwahlen in Stadt und Landkreis Herford 1919

In der Kreisstadt Herford hatte die SPD bei den Wahlen zur Nationalversammlung 50,7 % der Stimmen gewonnen und DNVP (19,4 %), DDP (15,9 %) und DVP (10,0 %) weit hinter sich gelassen.<sup>8</sup> Danach schlugen im bürgerlichen Lager die Alarmglocken. Der Bund für Handel und Gewerbe gründete am 17. Februar einen Bürgerverein, der eine gemeinsame Wahlliste von DVP, DDP, DNVP und Zentrum aufstellte. Die Mitwirkung der DDP daran war alles andere als selbstverständlich, weil die DVP vor den Wahlen im Januar alles getan hatte, um die DDP als „Judenpartei“ zu diskreditieren. Nun wurde sogar Isidor Baruch, jüdischer Direktor der Konfektionsfabrik Elsbach, auf dem 5. Platz der gemeinsamen Bürgerliste akzeptiert. Deren Leitvokabeln waren „Bürgerfleiß und Bürgereintracht“, das Hauptziel war die Abwehr der Sozialdemokratie: „Wir wollen nicht, daß sozialdemokratische Experimente der Rückkehr gedeihlicher Zustände im Wege stehen“. Gegen diese Kampagne trat für die SPD der gebürtige Herforder Carl Severing an, der

am Vorabend der Wahl auf einer abschließenden Volksversammlung die Frage aufwarf: „Ist eine sozialdemokratische Mehrheit eine Gefahr für die Stadt Herford?“ Seine Antwort war selbstverständlich: Nein. Im bürgerlichen Block fehlten die Angestellten, die eine eigene Liste aufstellten. Die SPD hatte sich bereits früh, am 13. Februar 1919, entschieden, keiner Einheitsliste beizutreten. Mitten im Kommunalwahlkampf musste sie aber erleben, dass sich wie in Bielefeld eine Ortsgruppe der USPD in Herford bildete. Dies war nicht nur ein Resultat von Flügelkämpfen innerhalb der Herforder SPD, sondern auch einer intensiven Agitation der westfälischen USPD-Zentrale in Hagen geschuldet. Am 14. Februar reichte die USPD einen eigenen Wahlvorschlag ein. Das Wissen darüber ist im Übrigen einem Fund in den Akten im Landesarchiv Abteilung Westfalen geschuldet. Die Materialsammlung des Büros Kölpin über links der SPD stehende politische Gruppen enthält teilweise die damals aktuelle Hagener Registratur des Parteibüros für Ostwestfalen.<sup>9</sup> Sie muss wahrscheinlich im Mai 1919 aus dem Parteibüro vom Geheimdienst des Wehrkreiskommandos in Münster gestohlen worden sein.

In Herford war bei vier angetretenen Parteien ein Kopf-an-Kopf-Rennen vorauszusehen. Es führte schließlich in der Mandatsverteilung zu einer Patt-Situation. SPD (46,5 %, 20 Sitze) und USPD (3,9 %; 1 Sitz) kamen zusammen auf genau die eine Hälfte der Mandate. Die andere fiel an die bürgerliche Liste (41,2 %; 18 Sitze) und die Angestellten (8,4 %; 3 Sitze). Insgesamt fünf Frauen zogen in das Stadtparlament ein: Anna Pigusch und Wilhelmine Beiner für (SPD), Frieda Weber (Angestellte), Margot Kemper und Elise Becher (Bürgerliste). Das der DVP nahe „Herforder Kreisblatt“ wertete das Ergebnis für seine Klientel als eine Niederlage, während die „Herforder Zeitung“, die die DDP unterstützte, nüchterner reagierte. Als Gewinner sah sich die USPD, die nicht damit gerechnet hatte, drei Wochen nach der Gründung einer Ortsgruppe gleich ein Mandat zu erobern. Es fiel an den Artisten und Schausteller Arnold Deutgen.<sup>10</sup>

In den beiden anderen Städten des Kreises Herford, in Bünde und Vlotho, wichen die Ergebnisse voneinander ab.<sup>11</sup> In Bünde gewann eine Bürgerliste 16 Mandate, die SPD acht. Das Kräfteverhältnis aufgrund der Wahlen zur Nationalversammlung wiederholte sich. In Vlotho kam es zu einer Patt-Situation, weil drei bürgerliche Listen und die SPD je neun Sitze in der Stadtverordnetenversammlung

<sup>6</sup> Wilfried Reininghaus, „Darum wählt!“ Die ersten demokratischen Kommunalwahlen in Westfalen und Lippe 1919, Münster 2019. Der Vortrag referiert die wichtigsten Inhalte des Buchs.

<sup>7</sup> Hier zitiert nach Sauerländer Zeitung, Brilon, 10.03.1919; Central-Volksblatt Arnsberg 10.03.1919. Die Zeitungsmeldungen nannten irrtümlich Jes. 21 Vers 10.

<sup>8</sup> Reininghaus, Darum wählt (wie Anm. 6), S. 55 f.

<sup>9</sup> Wilfried Reininghaus, Die enttäuschten Hoffnungen des Sozialisten Walter Stern aus Niederntudorf 1918/19. Seine Briefe und Postkarten an Konrad Ludwig in Hagen (USPD), in: Die Warte 77. Jg. Nr. 180 (2018), S. 6–12.

<sup>10</sup> Zu Deutgen liegt eine Sammlung im Kommunalarchiv Herford (freundliche Mitteilung von Christoph Laue).

<sup>11</sup> Reininghaus, Darum wählt (wie Anm. 6), S. 94.

errangen. Für die SPD, die bei den Januarwahlen nur bei 41 % gelegen hatte, bedeutete dies einen Zugewinn. Auf ihrer Liste stand an Nr. 2 Auguste Schmidt, eine Tochter von Pfarrer Adolf Schmidt und Fürsorgerin für Kriegsbeschädigte. Wenn wir nur auf ihre Person sehen, können wir ermes- sen, welche unterschiedlichen Lebenswege einzelne Kandi- daten beschritten hatten. Auguste Schmidt wäre eigentlich eher im Bürgerblock in Vlotho zu erwarten gewesen.

Das annähernd gleiche Stimmverhältnis zwischen bür- gerlichem Lager und SPD war für die Landgemeinden im Kreis Herford schon bei den Januarwahlen prägend gewe- sen.<sup>12</sup> Es lässt sich in Zahlen ausdrücken. 48,5 % der Stim- men entfielen damals auf die SPD, auf DNVP, DDP, DVP und Zentrum zusammen 50,1 %. Unter solchen Vorzei- chen traten in den meisten Landgemeinden in der Regel zwei Blöcke gegeneinander an: SPD einerseits, Bürgerliche andererseits. Die SPD ließ sich an einigen wenigen Orten auf Gespräche über Einheitslisten ein und führte sie z. B. in Spradow und Gohfeld erfolgreich zu Ende. In Spradow teil- te man sich sechs Sitze mit den Bürgerlichen, in Gohfeld stimmte die SPD dem Vorschlag zu, zehn der 21 Sitze zu er- halten. Im Allgemeinen folgte aber die SPD in Ostwestfalen einem Votum ihrer Bezirksversammlung vom 13. Februar 1919. Das von Carl Severing vorgegebene Wahlziel lautete: In jenen Orten rund um Bielefeld, „in denen wir“ nach den Wahlen im Januar „schon die Mehrheit haben, muß unser Sieg durch Steigerung unserer Stimmenzahl mora- lisch erhöht werden“. Gerade auf dem Land wollte die SPD beweisen, dass „die Kommune das gegebene Tätigkeitsge- biet für praktische Arbeit im aufbauenden Sinne für Demo- kratie und Sozialismus“ sei. Die Partei ließ sich leiten von der Beobachtung, dass fast überall der Gedanke vorherr- sche, „die alten Gemeinderäte, die auf Grund des Dreiklas- senwahlrechts gewählt sind, zu beseitigen und durch neue zu ersetzen“. Dieses Wahlziel hat die SPD im Kreis Herford nicht vollständig erreicht. Die überlieferten Ergebnisse der einzelnen Gemeinden meldeten siebenmal eine Gleichheit der Sitze, siebenmal siegte das bürgerliche Lager, fünfmal die SPD. Der äußerst knappe Sieg der SPD in Spenge zeigt, dass jede Stimme zählte. Das „Herforder Kreisblatt“ kom- mentierte den Wahlausgang hier: „Wären fünf bürgerliche Wähler mehr zur Wahl gegangen, hätte die Sozialdemokra- tie keine Mehrheit erhalten“. In acht Gemeinden kam es zur Bildung einer Einheitsliste. Sie umfassten keineswegs nur die Honoratioren bzw. Großbauern einer Gemeinde. So wurden in Wallenbrück ein Gastwirt, zwei Maurer, ein Kolon, ein Heuerling und ein Neubauer gewählt. Häufig ließ die Zerstrittenheit der lokalen politischen Kräfte kei- ne Einheitslisten zu. In der „Wahlschlacht“ von Werfen zwischen SPD und DNVP hielt z.B. die Arbeiterpartei ih- ren Gegnern vor, einen Zigarrenarbeiter auf Platz 1 gestellt zu haben, um den Arbeitern und kleinen Besitzern Sand in die Augen zu streuen. In Tengern musste die SPD erleben, dass sie von den alten Gemeinderatsmitgliedern verleum- det wurde. Schauen wir auf die Kandidaten der „bürger- lichen Parteien“, so standen bei ihnen vor allem Landwir-

te, Kaufleute und Handwerker auf den Listen, während die SPD insbesondere Zigarrenarbeiter aufstellte. Eine der drei bürgerlichen Listen in Hiddenhausen betrieb eine ag- gressive Werbung vor der Wahl und forderte eine Sparsam- keit, eine sorgfältige Pflege des Schulwesens, Förderung von Handel und Gewerbe, Wohnungs- und Sozialfürsor- ge. Über allem stand die Parole: „Es gilt die sozialistische Mehrheit zu verhindern“. Dieses Ziel erreichten die gegen die SPD verbündeten Parteien in einer knappen Mehrheit der Gemeinden, wobei die Tendenz der Einheitslisten of- fen ist. Frauen vermissen wir in den Landgemeinden fast vollständig. Nur in Schweicheln kandidierte die Hebamme Anna Nebel.

Insgesamt lassen sich die Befunde zum Landkreis Her- ford im Gegensatz zu Bielefeld nicht quantifizieren, doch dürfte sich am annähernden Gleichstand zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien gegenüber dem Januar we- nig geändert haben. Aus dem Kreis Bielefeld liegen die Er- gebnisse sämtlicher Landgemeinden vor, so dass ein Ges- amtergebnis ermittelt werden kann. 60,6 % der Stimmen fielen bei der Kommunalwahl an die SPD, 39,4 % an die bürgerlichen Parteien. Dieses klare Ergebnis täuscht dar- über hinweg, dass in den Hochburgen der Erweckungs- bewegung, in Nieder- und Oberjöllebeck, die SPD mit deutlichem Abstand hinter dem bürgerlichen Block ein- kam. Sie erreichte dort nur 22,4 % bzw. 33,9 %. Kompen- siert wurden diese Ergebnisse durch 85,9 % in Sieker und 78,6 % in der Bauerschaft Schildesche. Schon der Vergleich zwischen Herford und Bielefeld und zwischen den Gemein- den beider Kreise zeigt, wie heterogen die Wahlergebnisse von Ort zu Ort ausfielen.

### Eine zusammenfassende Auswertung der lokalen Befunde

Die örtlichen Befunde lassen sich unter folgenden Aspek- ten zusammenfassend auswerten: (1.) Wer stand über- haupt zur Wahl? Parteien, Interessengruppen oder ande- re? (2.) Wie hoch war die Wahlbeteiligung? (3.) Wie fielen die Wahlergebnisse aus? (4) Wer waren die neuen bzw. al- ten Stadt- und Gemeindeverordneten?

**Erstens:** Wer stand überhaupt zur Wahl? Mehrere Mo- delle gab es. Zum einen konnten fünf oder sechs Parteien wie bei der Januarwahl antreten. Zum anderen einigten sich eben diese Parteien auf eine Einheitsliste, auf der die Mandate nach den Ergebnissen der Januarwahlen verteilt wurden. Beides kam vor, es gab aber viele Zwischenstufen und Abweichungen. Wegen der schlechten Ergebnisse im Januar verzichteten einige Parteien, bei den Kommunal- wahlen anzutreten, z. B. das Zentrum in mehreren Städten Ostwestfalens, u. a. in Herford. Oder es bildeten sich Bünd- nisse, um die Aussichten zu verbessern. Die Blockbildung unter den Bürgerlichen gegen die SPD wurde schon er- wähnt. Umgekehrt fanden SPD und USPD, feindliche Brü-

<sup>12</sup> Ebd., S. 155–158.

der seit 1917, im märkischen Sauerland manchmal wieder zueinander. Im bürgerlichen Lager konnte die Abneigung zwischen der linksliberalen DDP, den Nationalliberalen und Konservativen unüberbrückbar sein.

Die Motive für die Aufstellung von zusätzlichen Wahllisten waren gemischt. Interessengruppen wollten ihre Anliegen durch Aufstellung selbständiger Listen zu Gehör bringen: Beamte, Angestellte, Eisenbahner oder Kaufleute fallen in diese Kategorie. Am Militärstandort Münster kandidierten sogar die Unteroffiziere. Kriegsbeschädigte benutzten ihre mögliche Kandidatur als Druckmittel. Auch dort, wo sie keine eigene Liste einreichten, zwangen sie die Parteien, einen ihrer Vertreter auf aussichtsreichen Plätzen aufzustellen. Dahinter steckten die sozialen Nöte einer Gruppe, die unter den Kriegsfolgen dauerhaft zu leiden hatte. Die scheinbar skurrilste Kandidatur gab es in Rheda, wo der Ziegenzuchtverein mit einer eigenen Liste antrat. Dessen Vorstand verwahrte sich gegen den Vorwurf, nur die Wahlliste aufblähen zu wollen. Vielmehr wolle er lediglich auf die Notlage seiner Mitglieder aufmerksam machen und die Parzellierung der früheren städtischen Kuhweide durchsetzen und vertrete im Übrigen die Interessen der Kleinbürger, „also solche Leute, die sich nur Ziegen und höchstens eine Kuh halten können“. Die Argumente waren offenbar stichhaltig: der Verein gewann zwei Mandate. Allgemein gesprochen: in der Regel waren Sonderkandidaturen sozialgeschichtlich plausibel.

In den größeren Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern war die Orientierung der Kommunalpolitik an Parteien im Prinzip unstrittig, auch wenn hier Sondergruppen nicht fehlten. Schon im Kaiserreich hatte sich dieser Trend durchgesetzt. In mittleren und kleineren Städten sowie in Landgemeinden wurde sehr oft argumentiert, Kommunalpolitik habe mit Parteien nichts zu tun. „Politik“ war nach Meinung vieler etwas, was in Berlin im Reichstag verhandelt werde, aber nicht in ihrer Gemeinde; dort hatten die lokalen Honoratioren das Sagen.

Wo die Zentrumspartei im Januar überregional satte, ja übersatte Mehrheiten erhielt, kam es bei der Kommunalwahl häufig zu einer Auffächerung der Wahllisten. In katholisch geprägten Städten waren es einzelne Berufe, die je eigene Kandidaten aufstellten: Handwerker, Kaufleute, Arbeiter, oft verbrämt als „Stände“. In SPD-Hochburgen wie in den Bergarbeitergemeinden der Kreise Hörde oder Bochum trat eine solche Zersplitterung nicht ein. Deutlich zeigte sich, dass die Zentrumspartei mehrere Flügel besaß, die für Reichstagswahlen Zweckbündnisse abgeschlossen hatten, die bei Kommunalwahlen nicht galten.

In Landgemeinden trat neben die vertikale Gliederung der Wahllisten eine horizontale. Weniger wissenschaftlich gesprochen: die Interessen der einzelnen Ortsteile mussten angemessen berücksichtigt werden. Immer dann, wenn eine Landgemeinde mehrere Siedlungen umfasste, setzten Diskussionen darüber ein, wie diese in der Gemeindeversammlung angemessen repräsentiert werden konnten. Im Februar 1919 war daher die Zeit bis zur verbindlichen Ein-

reichung von Wahllisten in den Landgemeinden und auch in Kleinstädten gefüllt mit solchen Vorab-Beratungen. Das war ein Vorwahlkampf, wie er aus den USA bekannt ist. Sonntags nach dem Hochamt oder werktags in den Gaststätten kam es zu mitunter heftigen Auseinandersetzungen, die mit einer Einigung oder auch kontrovers enden konnten. Einen glücklichen Ausgang nenne ich solche Verhandlungen, in denen am Ende ein Kompromiss stand, mit dem alle leben konnten. Als Beispiel nenne ich die Gemeinde Hennen, heute Teil der Stadt Iserlohn. Einem klugen Kopf, dem Lehrer Jan Knop, gelang es nicht nur, alle sieben Siedlungen angemessen zu berücksichtigen, sondern auch die Parteizugehörigkeiten und die wichtigsten Berufe nach Proporz in die Einheitsliste einfließen zu lassen. Nötig war dazu eine Erweiterung der Gemeindeversammlung auf 15 Personen. Kontrovers endeten solche Fälle, in denen im Vorfeld keine Einigung erzielt wurde. Stellten etwa die Ortsteile je eigene Listen auf und war die Wahlbeteiligung unterschiedlich, so konnte das böse enden. In der Gemeinde Ammeloe im Kreis Ahaus, bestehend aus einem Kirchdorf und zehn Bauerschaften, stellten alle Siedlungen eigene Wahllisten auf. Zwei Bauerschaften mobilisierten so viele Wählerinnen und Wähler, dass sie überproportional drei Mandate errangen, während zwei andere leer ausgingen. Ähnlich verhielt es sich in Liesborn. Zwei Listen, nach „Bezirken“ getrennt, traten gegeneinander an. Der Lippstädter „Patriot“ rechnete das Wahlergebnis nach und fand heraus, dass der zweite Bezirk mehr Wahlberechtigte mobilisiert hatte und diese „in rühmenswürdiger Weise“ ihrer Wahlpflicht Genüge taten. Er sicherte sich deshalb mehr Mandate als der erste Bezirk, obwohl dort 120 Wahlberechtigte mehr wohnten. Eine Ursache für solche Fehlkalkulationen war, dass das vom Wahlrecht vorgegebene d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren und seine Auswirkungen auf die Mandatsverteilung für die Zeitgenossen damals kaum kalkulierbar waren.

Den Überblick über die Wahllisten kann ich nicht abschließen, ohne auf die Polen eingegangen zu sein. Bei den Januarwahlen war die Polnische National-Arbeiterpartei nicht angetreten. Die Polen hatten ihre Stimmen dem Zentrum (wegen der katholischen Religion) bzw. der SPD (wegen ihres Status als Bergarbeiter) geliehen oder sie hatten Wahlenthaltung geübt. Das änderte sich bei der Kommunalwahl 1919 grundlegend. In allen Gemeinden des Ruhrgebiets, in denen polnischsprachige Staatsbürger in nennenswerter Zahl lebten, kandidierte die Polenpartei. Sie erreichte in Bottrop und Herne je 30 %, und in Recklinghausen rund 25 %. Der Spitzenwert lag in der Gemeinde Börnig (heute Herne) mit 34,7 %. Insgesamt zog sie in mehr als 40 Gemeindeparlamente ein. Die andere Zuwanderergruppe aus dem preußischen Osten, die evangelischen Masuren, stellten keine eigenen Wahllisten auf, sondern wandten sich der DNVP zu.

**Zweitens:** Die Wahlbeteiligung sank bei den Kommunalwahlen in den meisten Städten gegenüber den Januarwahlen insgesamt deutlich. Hier und mehr noch in Landge-

meinden hing sie jedoch von der Zahl der konkurrierenden Wahlvorschläge ab. Zwei und mehr Wahlvorschläge führten aber zu einer hohen Wahlbeteiligung, die sogar über der im Januar liegen konnte, z. B. wenn die Polen eigene Listen aufstellten. Pauschale Aussagen über die Wahlbeteiligung, die auf hochaggregierten Daten beruhen, sollten, wie die vielen Einzelbeispiele zeigen, mit großer Vorsicht betrachtet werden; sie sagen nichts darüber aus, wer wen auf lokaler Ebene tatsächlich mobilisieren konnte. Im ländlichen Raum waren die vorbereitenden Verhandlungen in den Ortsteilen in der Regel wichtiger als die Wahl selbst. Endete die Vorwahl positiv und konnte eine zufriedenstellende Einheitsliste gefunden werden, sank die Wahlbeteiligung dramatisch und bis auf unter 1,0 %. Den Rekord hält die Stadt Vreden, die eine Wahlbeteiligung von 0,007 % errechnete. Bei rund 1000 Wahlbeteiligten der Stadt wählte nur der siebenköpfige Wahlvorstand, weil vorab die Einheitsliste erstellt worden war.

**Drittens:** Eine landesweite Zusammenfassung der Einzelergebnisse fehlte 1919. Dennoch muss uns aus mehreren Gründen interessieren, welche Trends bei der Kommunalwahl überlokal festzustellen waren. Schließlich entschied sich rund um den 2. März 1919, wer in der Anfangsphase der Weimarer Republik in den Städte- und Gemeindevertretungen in Westfalen das Sagen hatte und wer die Kommunalpolitik bestimmte. Obendrein waren die Kommunalwahlen ein Gradmesser für die Parteien, wie ihre Wählerinnen und Wähler auf die Ereignisse der vergangenen sechs Wochen reagierten. In die sechs Wochen zwischen dem 19. Januar und dem 2. März fielen im Reich wie in Westfalen u. a. mehrere große Streiks und Putschversuche, das Zusammentreten der Nationalversammlung in Weimar und die Diskussion um die Sozialisierung, die Fortdauer der Versorgungsschwierigkeiten, der Einsatz der Freikorps und das Wiedererstarken der konservativen Kräfte, die sich vom Schock der Revolution erholt hatten. Kommunalwahlen konnten zum Protest gegen Entscheidungen dienen, die in Berlin oder in Weimar fielen. Bevor ich ein Gesamtergebnis schätze, sollen die Ergebnisse bei den einzelnen Gemeindetypen betrachtet werden. Bei den größeren Städten über 20.000 Einwohnern war die Tendenz eindeutig: Die SPD verlor gegenüber den Januarwahlen mehr als 10 %, das Zentrum sowie DNVP/DVP legten leicht zu, weniger als 1 %. Die linksliberale DDP verlor knapp 1 %. Die Verluste der SPD kamen rein numerisch den sonstigen Parteien, u. a. der USPD, den Polen und anderen, zugute. Tatsächlich waren die Wählerwanderungen in jeder Stadt ziemlich komplex. Die Wahlanalyse der Zeitungen war klar. Nur in Ostwestfalen, vor allem in Bielefeld, behauptete sich die SPD und durchbrach die Dominanz der Nationalliberalen deutlich, in den Industriestädten blieb sie aber unter 50 %. Dramatisch waren die Verluste der SPD beispielsweise in Gelsenkirchen (– 25,5 %), Herne (– 21 %), Iserlohn (– 19 %), Buer oder Recklinghausen (rund 10 % Stimmen weniger). In vielen Städten des Ruhrgebiets profitierte die USPD von der Schwäche der SPD, der die Streiks und Unru-

hen im Februar angelastet wurden – ob zu Recht oder Unrecht, kann hier nicht diskutiert werden. In den mittleren und kleineren Städten gab es keine grundsätzlich anderen Tendenzen. Das Zentrum mobilisierte wiederum seine Anhänger, selbst wenn sie sich auf mehrere Listen verteilten, die SPD verbuchte in Diasporalagen einige kleine Erfolge, die aber die Verluste in den Industriestädten nicht wettmachten. Am schwersten sind die Landgemeinden einzuschätzen. Die Konstellation änderte sich von Ort zu Ort. Insgesamt kehrte sich jedoch der Trend aus den großen Städten nicht um. Deshalb ist auch eine Aussage des früheren Frankfurter Stadtarchivars Dieter Rebentisch falsch, die bisher unwidersprochen im Raum stand: „Das neue Wahlrecht machte die Sozialdemokratie schlagartig zur größten Rathauspartei der Weimarer Republik“.<sup>13</sup> Das ist mindestens für Westfalen schlicht falsch.

Es gibt eine Möglichkeit, sich einem fiktiven Gesamtwahlergebnis der Kommunalwahl in Westfalen 1919 zu nähern. Dabei hilft die Zusammensetzung des Provinziallandtags. Dieser wurde 1919 nach Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts indirekt ermittelt, auf der Grundlage der Wahl in den Städten und Gemeinden. Später wurde der Provinziallandtag direkt gewählt. Die Zusammensetzung des neuen Provinziallandtags, der erstmals im November 1919 zusammentrat, spiegelt also mittelbar die Ergebnisse der Kommunalwahlen. Die Mandate waren wie folgt verteilt: Zentrum 42,2 %, SPD 20,7 %, DNVP/DVP 22,3 %, DDP 7,4 %, USPD 2,5 %, Parteilose 5 %. Die SPD hatte im Vorfeld selbst schon eine Berechnung angestellt, die ähnliche Relationen aufstellte. Das erhärtet endgültig die Vermutung, dass die Partei von Ebert und Scheidemann bei den Kommunalwahlen in Westfalen insgesamt massive Verluste hinnehmen musste.

**Viertens:** Wer zog in die Kommunalparlamente ein? Um es vorwegzunehmen: Es trat ein großer Wandel ein. Waren sie im Kaiserreich wegen des Dreiklassenwahlrechts von den lokalen Honoratioren beherrscht worden, so war mit dem neuem Wahlrecht nun ein Wechsel vorauszu- sehen, wie Beobachtern schon im Februar 1919 klar wurde. Die Startvorteile für die Begüterten entfielen. Allein die quantitative Erweiterung der meisten Stadt- und Gemeindeversammlungen eröffnete zusätzlich neuen Bewerbern Chancen. Solche Erwartungen trafen zu. Nirgendwo lässt sich deshalb eine ungebrochene Kontinuität zwischen alten und neuen Verordneten feststellen. Gleichwohl erkennen wir Tendenzen. Die SPD stellte in den Städten oft Partei- und Gewerkschaftssekretäre auf, das Zentrum viele Handwerker und Kaufleute. Unternehmer waren im Kreis der bürgerlichen Rechtsparteien zu finden, Lehrer standen auf allen Wahllisten. Der Adel zog sich auch auf dem Land weitgehend aus den Gemeinderäten zurück. Dagegen entdecken wir dort viele Kleinbauern unter den Gemeinde-

<sup>13</sup> Dieter Rebentisch, Programmatik und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, in: Die alte Stadt 12 (1985), S. 33–56, 35.

verordneten. Für den Kreis Halle kann man das beziffern. 73 Heuerlinge und Kolonen standen nur 48 Landwirte und Neubauern gegenüber. Um eine Äußerung der Lippischen Landeszeitung anlässlich der Wahl in der Gemeinde Sonneborn aufzugreifen: Die „kleinen Leute“ setzten sich gegen die „Herren“ durch.

Über die Zahl der Frauen, die 1919 zu Stadt- und Gemeindeverordneten gewählt wurden, kann ich keine abschließende Auskunft geben. Zu viele Daten fehlen. Die Auswertung der aktuell vorhandenen Wahlergebnisse erlaubt jedoch eine Hochrechnung. Aktuell sind 118 „Ratsfrauen“ im Jahr 1919 ermittelt. Selbst wenn diese Zahl sich durch Archivfunde noch leicht erhöhen sollte, so sind sie den geschätzt mehr als 15.000 männlichen Mandatsträger in Westfalen und Lippe 1919 gegenüberzustellen. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Stadt- und Gemeindeverordneten lag also unter einem Promille. Bei der Berichterstattung über die Einführung des Frauenwahlrechts im vorigen Jahr ist meines Erachtens etwas zu kurz gekommen. Das aktive Wahlrecht war nun ein erster Schritt auf dem Weg der Frauen zur politischen Gleichberechtigung. Den zweiten Schritt, nämlich die erfolgreiche Wahrnehmung des passiven Wahlrechts, verhinderten in der Regel die Männer. Ihnen gelang es, Frauen entweder auf hintere, aussichtslose Platzierungen zurückzudrängen oder Kandidatinnen so einzuschüchtern, dass sie von sich aus die Segel strichen. Das böse Wort „Alibikandidatinnen“ trifft zu. Hintere Platzierungen für Frauen lassen sich flächendeckend für ganz Westfalen allenthalben nachweisen. Eine einzige Frau stand in Westfalen auf dem ersten Listenplatz: Louise Becker in Halle von der DVP. Sie war aber nur Platzhalterin für ihren Mann, den späteren Stadtvorsteher von Halle. Ich will meine Sympathien für diejenigen nicht verbergen, die gegen solche Arroganz der Männer aufbegehrten, und nenne einige mit Namen. Gertrud Blome und Hedwig Geißler verdrängten in Dorsten führende

Zentrumsmänner nach hinten. In Warburg jagten die Lehrerinnen Elisabeth Straßbach und Elisabeth Harre den Honoratioren, die sie nicht nominieren wollten, zwei Mandate ab. Ähnlich erfolgreich war die Fürsorgerin Aurelia Maes in Lüdinghausen. Alle genannten Frauen stammten aus dem gehobenen Bürgertum. Anna Scholle aus Soest war das einzige mir bekannte Dienstmädchen in Westfalen, das für die SPD ein Mandat gewann.

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung schließen: Je länger ich recherchierte, desto mehr wuchs mein Respekt vor jenen Menschen, die sich nach dem Ende des Dreiklassenwahlrechts in Parteien und auf lokalen Wählerlisten in der Kommunalpolitik engagierten. Denn oft gehörte Mut dazu, im lokalen Kontext zu kämpfen und auch nur zu kandidieren: als Bergarbeiter gegen den Zechendirektor, als Heuerling gegen Großbauern, als Frau gegen Männer. Sie alle hatten einen wichtigen Anteil an dem Aufbruch zur Demokratie, den die Kommunalwahl 1919 bedeutete. Sie war, um ein Wort von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum 9. November 1919 aufzugreifen, ein Meilenstein in der Demokratiegeschichte Westfalens.<sup>14</sup> Und an deren lokale Wurzeln zu erinnern, kann uns nicht gleichgültig sein, die Aufgabe muss vielmehr eine Herzensangelegenheit sein, in der Gegenwart und in der digitalen Zukunft. ■



**Prof. Dr. Wilfried Reininghaus**  
Senden  
[wilfried.reininghaus@t-online.de](mailto:wilfried.reininghaus@t-online.de)

<sup>14</sup> Zum Begriff „Demokratiegeschichte“ vgl. Tim B. Müller/Hedwig Richter (Hrsg.), Demokratiegeschichten, in: Geschichte und Gesellschaft 44 (2018), Heft 3.